

M 18 Aktennotiz über das Gespräch mit dem Oberbürgermeister

Archiv Käbisich meth. Künze

Aktennotiz über das am 13. Oktober 1989 beim Oberbürgermeister der Stadt Zwickau stattgefundenen Gespräch zu aktuellen Fragen

1. Das Gespräch, das von Dekan Hoffmann, Superintendent Mieth und Superintendent Walther schriftlich erbeten worden war und für das Terminvorschläge Ende Oktober bzw. Anfang November unterbreitet worden waren, fand auf Bitten des Oberbürgermeisters sehr kurzfristig (innerhalb von drei Tagen) statt. Dekan Hoffmann konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen; Mieth und Walther konnten aber nach vorheriger Konsultation auch in seinem Namen sprechen. Seitens des Rates der Stadt nahmen Oberbürgermeister Fischer, Stadtrat Stowasser und Herr Häberer (Nation. Front) teil. Dauer der Begegnung: 8.30 Uhr bis 10.30 Uhr.
2. Wir wurden sehr freundlich empfangen, und nach kurzer Begrüßung durch den Oberbürgermeister konnten wir unsere Anliegen vortragen.
3. Mieth dankte für die Bereitschaft zu diesem so schnell ermöglichten Austausch, brachte unsere Dankbarkeit (gegen Gott!) zum Ausdruck, daß es in den ereignisreichen Tagen um den 7. Okt. in Zwickau ruhig geblieben ist, sprach von den Hoffnungszeichen, die seit den Vorgängen in Leipzig und Dresden am Wochenanfang gesetzt wurden (einschl. der Erklärung des Politbüros vom gestrigen Tag) und Anfänge wirklicher Veränderung sein könnten.
4. Walther ergänzt, daß die Ruhe in Zwickau nicht bedeute, daß hier nicht dieselben Probleme vorlägen wie anderswo auch und die nicht nur von Vertretern der Kirche angesprochen werden, sondern von Leuten aus allen Bereichen unseres Volkes; Bsp. Hermann Kant.
Konkret weist er auf Problemfelder Medien (spezielles Beispiel: Information über die Ausreisewelle) und Menschenführung hin (auch hier konkrete Beispiele demütigender Behandlung von Bürgern). Es geht nicht länger um beruhigende Therapie einzelner Vorkommnisse, sondern um die Wiederherstellung des durch Unwahrhaftigkeit und andere Ursachen total erschütterten oder zerstörten Vertrauens zur Regierung und ihren Organen.
5. Mieth spricht in voller Klarheit das Problem der Angst an (Erklärung Nikolaikirche Leipzig) und geht auf die brutale Gewaltanwendung in den Städten Leipzig, Dresden, Plauen ein, die ein tiefes Erschrecken ausgelöst haben und vielleicht unheilbare seelische Verwundungen angerichtet haben. Das Problem der in diesem Zusammenhang Inhaftierten wird erwähnt und Einzelereignisse dargestellt. Im Blick auf die inzwischen signalisierte Gesprächsbereitschaft seitens der Staatsorgane wird erklärt, daß das Gespräch vor allem auch mit den Gruppen, wie Konziliarer Prozeß und schließlich auch Neues Forum, geführt werden muß.
6. Der Oberbürgermeister nimmt zu dem Vorgebrachten Stellung, indem er zunächst auf die guten Lebensbedingungen in der DDR hinweist, auf die Arbeit aller Bürger, auf unseren Platz unter den Industriestaaten. Zu den Ursachen der Ausreisewelle spricht er über die Rolle der Westmedien (eigene Erfahrungen in Ungarn), äußert den geringen Prozentsatz der Ausreisenden im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung (0,...?). erklärt aber auch, daß es niemand einerlei ist, wenn Leute unser Land verlassen. Wie weiter? Er geht auf seine Verantwortung für die Stadt Zwickau ein. Gesamtprobleme können nur auf Regierungsebene gelöst werden.
Konkret kritisiert er ein angebliches Plakat am Dom, das zur Freilassung aller Gefangenen aufrufe, und eine Außerbung von Dr. Käbisich in der Friedensbibliothek zu einer beabsichtigten Demonstration. Im Zusammenhang damit Unverständnis für Vorkommnisse in Plauen etc (Frauen mit Kleinkindern stellen sich vor "Rowdys").

"Wir müssen in Zwickau überlegen, wie wir mit verschiedenen Gruppen zu etwa 20 bis 30 Personen ins Gespräch kommen." Im übrigen: keiner ist fehlerfrei.

7. Stadtrat Stowasser betont Recht und Pflicht auf Erhalt von Ordnung und Sicherheit. Auch die Polizei in der BRD geht gegen Demonstranten vor, wenn es nötig ist. Im übrigen muß Gewalt vermieden und verurteilt werden; auf allen Seiten. Aber: das Gespräch hat begonnen. Die Erklärung des Politbüros ist ein Anfang.

8. Mieth gibt in einer Erwiderung den Eindruck wieder, es sei doch wohl etwas viel Selbstrechtfertigung in den Voten zum Ausdruck gekommen. Im Blick auf die beiden konkreten Hinweise des OB (Plakat etc.) bemerkt er, daß wir keine Sicherheitsdienste haben, die uns Vorgänge übermitteln; von beiden Ereignissen höre er das erste Wort. (Anmerkung: beim anschließenden Umgang um den Dom war kein Plakat zu sehen). Walther bemerkt im Blick auf Eindrücke in Polen: wirtschaftliche Notlage, aber großer Optimismus. Schließlich gibt er einen persönlichen Eindruck im Blick auf die Reden Honecker - Gorbatschow wieder: fehlende menschliche Wärme auf der einen Seite, Anerkennung verantwortlicher Politik (Thatscher, Mitterand, Kohl) auf der anderen Seite.

9. Herr Häberer spricht von seinen Kriegserfahrungen, zitiert Goebbels anerkennt das Engagement von Christen in Planitz (Baumpflanzaktion), erwähnt den meth. Pastor, der sich für den Wahlvorgang interessiert zeigte und nichts zu beanstanden hatte.

10. Nachdem Mieth schon auf die Möglichkeit einer Pressemitteilung über dieses Gespräch hingewiesen hatte, wird Einigung über folgendes erzielt: der Entwurf einer solchen Mitteilung wird vom OB gefertigt, Mieth vorgelegt, der Walther informiert. Stimmen die letzten beiden zu, kann sie am folgenden Tag in der Lokalpresse erscheinen. In der Mitteilung soll zum Ausdruck kommen, daß ein offenes Gespräch über die derzeitige Situation stattfand und der OB die Bereitschaft signalisierte, mit Gruppen ins Gespräch zu kommen. Zum zweiten wurde vereinbart: weiteres Gespräch am Freitag, 10. November 14 Uhr beim Oberbürgermeister; dieselben Gesprächsteilnehmer (einschl. Dekan Hoffmann). Tagesordnung u.a. Festlegung von Gesprächen mit kirchl. Gruppen.

(Nach dem Gespräch unter Zuhilfenahme von Notizen, die Sup. Mieth gemacht hat, niedergeschrieben von F. Walther).

F. Walther